GRAZ konkret

Ausgabe 3 | November 2026
www.grazervp.at



Die rot-grüne Grazer Finanz-Misere

Der Pleite-Geier am Grazer Rathaus: Wie es zur aktuellen Notsituation kam und wer daran schuld ist S.2-5

©Marion Schneider & Christoph Aistleitner

KPÖ bittet die Grazer zur Kasse

Parken wird in Graz um fast ein Viertel teurer, die Gratis-Altstadtbim fällt weg. VP-Clubobfrau Anna Hopper warnt vor Folgen für Handel und Innenstadt. **S. 8**

Wohnen Graz: Mega-Verluste stoppen!

Eigenbetrieb drohen weitere Millionenverluste. ÖVP fordert verbindliches Sanierungskonzept, um Stadtfinanzen und leistbares Wohnen zu sichern. **S. 8-9**

Erfahrung & Energie im neuen VP-Team

Die neue Gemeinderatsperiode bringt ein neues, engagiertes Team im Gemeinderat. Auch in vielen Bezirksräten wurden neue Persönlichkeiten angelobt. **S. 7**

Grazer Volkspartei



Graz braucht neue Prioritäten!

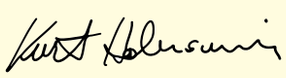
Eine Stadt kann nicht dauerhaft mehr ausgeben, als sie sich leisten kann. Aber genauso entscheidend ist, wofür sie ihr Geld einsetzt. Genau hier liegt das Problem in Graz. Jahrelang haben KPÖ und Grüne falsche Prioritäten gesetzt, Reformen vertagt und Warnungen ignoriert. Jetzt wird gespart – aber wieder bei den Falschen.

Wenn Sportvereine um ihre Zukunft bangen, Familien und Betriebe belastet werden und die Innenstadt schlechter erreichbar wird, während teure Prestigeprojekte unangetastet bleiben, dann läuft etwas grundsätzlich schief.

Ich bin überzeugt: Graz hat die Kraft, aus dieser Krise herauszukommen. Dafür müssen wir bei den Strukturen der Stadt ansetzen, Investitionen kritisch prüfen und jeden Euro dort einsetzen, wo er den Menschen wirklich etwas bringt.

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Was fehlt, ist der politische Wille, das Richtige zu tun.

Ihr Kurt Hohensinner



Graz vor der Pleite: Die

Erst die vorgezogene Wahl, dann Haushaltssperre und Förderstopp. Der Rechnungshof bestätigt die dramatische Finanzlage der Stadt. Statt die Ursachen zu bekämpfen, legt die KPÖ-Grüne Koalition Sparpakete voller Belastungen vor. Die Rechnung zahlen die Grazerinnen und Grazer.

Die Wahl war kaum geschlagen, da kam die böse Überraschung: Im Sommer verhängte Finanzstadtrat Manfred Eber (KPÖ) eine Haushaltssperre. Neue Förderansuchen wurden gestoppt, Ausgaben blockiert. Graz am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Nur wenige Tage zuvor war die Stadtregierung unter Bürgermeisterin Elke Kahr angelobt worden. Nach einem Urnengang, den die KPÖ auf den 28. Juni und damit vor den Sommer vorverlegt hatte.

Wusste sie da bereits, dass das dicke finanzielle Ende in der zweiten Jahreshälfte kommen würde und hat deshalb die Wahl strategisch vorverlegt? Diese Frage bleibt unbeantwortet. Als Begründung für den plötzlichen Finanznotstand musste zunächst die Behindertenhilfe herhalten. Mehr als 30 Millionen Euro an zusätzlichen Ausgaben seien überraschend aufgetaucht, hieß es aus dem Büro Eber.

Warnungen wurden ignoriert

Eine Falschangabe und ein plumpes Ablenkungsmanöver. Tatsächlich waren die drohenden Mehrkosten schon seit Jahren bekannt. Stadtrat Kurt Hohensinner hatte schon in seiner Budgetrede 2024 vor der massiven Unterdotierung der Behindertenhilfe und notwendigen Nachtragskrediten gewarnt. „Das Problem war nicht neu. Es wurde im Budget schlicht nicht ausreichend berücksichtigt“, so Hohensinner. Die Grazer Volkspartei kritisiert diese Planung als Schönung der tatsächlichen Finanzlage. Gemeinsam mit den anderen Oppositionsparteien erzwang sie einen Sondergemeinderat, um Aufklärung zu verlangen.

Ein Schuldenberg wächst weiter

Wie dramatisch die Lage tatsächlich ist, zeigte Mitte Oktober der Bericht des Bundesrechnungshofes. Sein Befund: Die bisherigen Maßnahmen zur Sanierung des Haushalts waren viel zu schwach und kamen zu spät. Die langfristigen Finanzschulden stiegen zwischen 2021 und 2025 von 1,52 auf 2,11 Milliarden Euro – ein Plus von rund 39 Prozent. Rund eine halbe Milliarde Euro zusätzliche Schulden fällt damit in die Regierungszeit von KPÖ und Grünen.

Das entspricht ungefähr einem Viertel des heutigen Schuldenberges. Zugleich verschlingen städtische Beteiligungen und Eigenbetriebe enorme Mittel. Besonders Wohnen Graz wurde vom einst stabilen Bereich zum Zuschussfall mit Millionenverlusten. „Fünf Budgets, fünfmal aus dem Ruder gelaufen. Die Koalition hat Warnungen ignoriert, Reformen verschleppt und die Kontrolle über die Stadtfinanzen verloren“, kritisiert VP-Clubobfrau Anna Hopper. „Und jetzt sollen die Grazerinnen und Grazer die Rechnung für das Total-Versagen von Kahr, Schwentner und Co. bezahlen.“

Sparen bei den Falschen

Die Folgen der Haushaltssperre bekamen zuerst Vereine, Kinder und Jugendliche zu spüren. Wichtige Förderungen wurden auf Eis gelegt, Sportvereine mussten um ihre Existenz bangen. Danach präsentierte die



Rechnungshof sezierte Grazer Schuldenberg

Fehlendes Gegensteuern trotz prekärer Finanzlage: So die Hauptkritik des Rechnungshofes an der Grazer Koalition. Diese hinterfragt nun auch die Klimaticket-Förderung.

Von Gerald Winter-Pölsler

Den Ernst der Lage nicht erkannt. So kann man den Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zur Grazer Finanzlage zusammenfassen. Demnach gibt die linke Koalition trotz der Liquiditätsengpässe und der Warnungen des

Dreierkoalition (KPÖ, Grüne, SPÖ) aus 2025 habe „keine betraglich bedeutsamen Einsparungen“ umfasst. Mehrfach mahnen die Prüfer eine „grundlegende Aufgaben- und Produktkritik“ ein und empfehlen, Leistungen zu reduzieren beziehungsweise zu streichen.

Kleine Zeitung-Bericht vom 17. Oktober 2026

© Kleine Zeitung

Bilanz aus fünf Jahren KPÖ-Grün



„Die Koalition muss bei Strukturen ansetzen, statt die Bevölkerung immer stärker zu belasten!“, so Hohensinner. © Jöbstl

Koalition gleich zwei Sparpakete. Parken wird um fast ein Viertel teurer. Die kostenlose Altstadtbim soll verschwinden, die Schloßbergbahn aus dem regulären Öffi-Netz ausgenommen werden und mehr kosten. Stadtbedienstete verlieren ihr Jobticket, das Sponsoring für Sturm, GAK und die 99ers wird gestrichen. Gleichzeitig bleiben kostspielige Prestigeprojekte, Wohnen Graz und umstrittene Straßenumbauten weitgehend geschont.

Graz braucht endlich echte Reformen

„Bei Familien, Sport und Wirtschaft wird jeder Euro umgedreht, aber für die politischen Liebkinder von Kahr und Schwentner gelten offenbar andere Regeln“, sagt Hopper. „Das ist keine gerechte Budgetsanierung, sondern die Weitergabe einer politischen Rechnung an die Bevölkerung.“ Für Hohensinner liegt der Schlüssel nicht in immer neuen Gebühren, sondern in anderen Prioritäten: „Wir brauchen einen klaren Konsolidierungspfad, eine kritische Prüfung großer Investitionen und echte Strukturreformen.“ Die ÖVP fordert unter anderem eine Haus-Graz-Reform 2.0 mit einem Einsparpotenzial von bis zu zehn Millionen Euro jährlich sowie eine wirtschaftliche Neuaufstellung von Wohnen Graz. „Graz muss wieder funktionieren. Dafür muss die Stadtregierung endlich bei ihren eigenen Strukturen ansetzen, statt die Grazerinnen und Grazer immer stärker zu belasten“, so Hohensinner.

Das sagen die Grazerinnen und Grazer...



„Ich muss mit meiner Pension genau haushalten. Das erwarte ich auch von der Stadt. Höhere Gebühren treffen mich direkt. Graz muss für ältere Menschen leistbar bleiben.“

Brigitta Stockmaier, 79, Pensionistin



„Beim Training sehe ich, wie wichtig Sport für unsere Kinder ist. Ich wünsche mir, dass im Grazer Budget genug Geld für gepflegte Sportplätze und die Jugendarbeit der Vereine bleibt.“

Michael Kratzer, 55, Jugendtrainer



„Wohnen und Öffis müssen leistbar bleiben. Ich wünsche mir, dass Graz beim Budget auch an uns Junge denkt. Schließlich wollen wir hier studieren, arbeiten und uns eine Zukunft aufbauen.“

Marit Fruhmann, 18, Studentin

SCHNELL GEFUNDEN

Kultur	6
Verkehr	8
Stadtgeschichte	10
Pammerbad	11
Steiermark-Umfrage	14
Aus den Bezirken	16
Leben	18
Zum Nachdenken	19

Zu viele rote Zahlen – was ist los

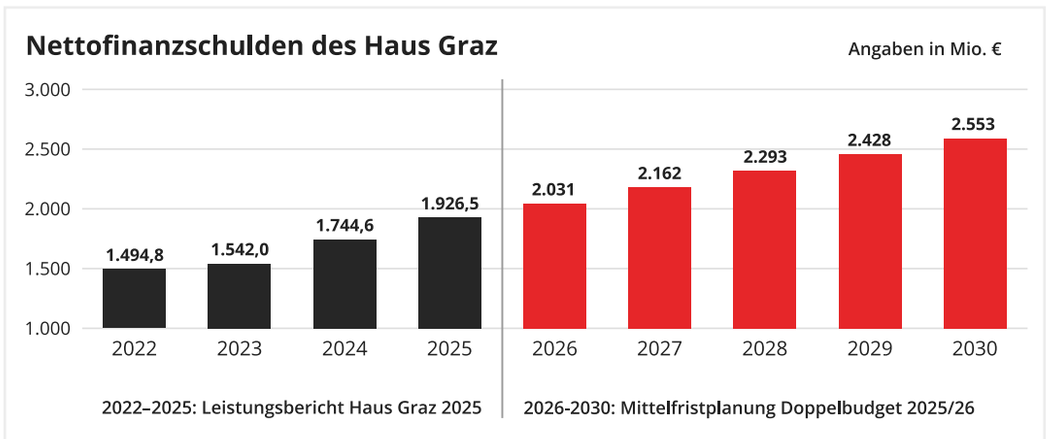
Von Günter Riegler

Die Finanzen der Stadt Graz fanden zuletzt österreichweite Beachtung.
Es war von Haushaltssperre, Auszahlungsstopp und sogar von Zahlungsunfähigkeit die Rede. Mittlerweile zeigt sich deutlich: Die KPÖ-Legende von der Altlast, die Kahr und Schwentner aufgebürdet worden sei, verfängt nicht mehr. Selbst der Rechnungshof hält fest: In nur viereinhalb Jahren hat die von der KPÖ geführte Regierungskoalition die Schulden von 1,5 auf 2 Milliarden Euro erhöht.

500 Millionen Euro!
Der Schuldenzuwachs in nur einer Periode Kahr war so hoch wie in der gesamten 18-jährigen Ära des Vorgängerbürgermeisters – in der es, wohlbemerkt, riesige Investitionsprogramme gab (Öffi-Ausbau, Schulbau-Offensive, Modernisierung Messe etc.). Was hat dazu geführt, wie kann man die negative Dynamik erklären? Eine Analyse.

Ebers erstes Doppelbudget: Koste es, was es wolle
13. November 2021, Pressekonferenz im Stadtsenatssaal. Internationale Medien, Blitzlichtgewitter. Auftritt Elke Kahr und Judith Schwentner, im Schlepptau Michael Ehmann. Man werde Graz sozial und nachhaltig führen. Man werde keine Prestigeprojekte initiieren. Jeder Anwesende versteht den Seitenhieb auf den Vorgänger – ab jetzt wird alles besser. Die Vorfreude ist riesig, hatte man doch im Wahlkampf mit einem neuen (zweiten!) Fußballstadion, einem „Gebührenstopp“, mit Gratis-Öffis, Gratis-Kinderbetreuung, mit der Ausweitung von Sozialleistungen und der Errichtung von 17 grünen Meilen geworben – wie im Schlaraffenland. Manfred Eber übernimmt das Finanzressort.
Der Rechnungsabschluss 2021 zu Beginn der Amtsübernahme Ebers zeigt trotz weltweiter COVID-Finanzkrise einen Überschuss im Cash Flow nach Zinsen von 132 Millionen und eine positive freie Finanzspitze von 23 Millionen Euro. In der Bilanz 2021 beträgt der Schuldenstand 1,5 Milliarden Euro. Der Stadtrechnungshof Graz bescheinigt per Ende 2021 bei einem Umsatz von 1,7 Milliarden Euro ein positives EBITDA von 158 Millionen. Die Vorgängerregierung übergibt „schwarze Zahlen“ an die Nachfolger, inklusive eines Investitionsfonds von 127 Millionen Euro. Genug Spielraum für Stadtrat Eber, der unverzüglich ein Ausgabenpaket schnürt: Die KPÖ verzichtet auf die Inflationsanpassung der Müll- und Kanalgebühren, setzt die Mieterhöhung bei Wohnen Graz aus und schafft politischen Handlungsspielraum. Die Budgeterhöhung ermöglicht Kahr nicht nur das Schaffen neuer freiwilliger Sozialleistungen, sondern auch das Anlegen großzügiger Reserven – bis zum Jahr 2025 kann Kahr auf diese Weise einen „Sparbuchstand“, also frei verfügbare Mittel in der Höhe von 18 Millionen Euro aufbauen. Zulasten der Oppositionsressorts Wirtschaft, Bildung, Sport und Kultur – und letztlich auch der finanziellen Stabilität der Stadt.
Diese subtile Taktik gibt Kahr die Möglichkeit, als Helferin in der Not aus „ihren Budgetmitteln“ einzuspringen. Das Prinzip des Almosenverteilens wird damit institutionalisiert. Und diesmal zahlt der Steuerzahler. Genial. Zurück ins Jahr 2021: Im ersten Budget nach der Wahl werden die Schranken aufgemacht. Die Schuldenobergrenze wird von Stadtrat Eber um einen Krisenzuschlag erhöht. Das erste Doppelbudget gibt Kahr den Spielraum, die Zahl der Sozialcard-Bezieher massiv auszuweiten. Jeder Student ein Sozialfall. Die Kleine Zeitung vom 28. Mai 2022 rechnet vor: Allein diese Maßnahme verursacht zusätzliche Ausgaben von 2,4 Millionen Euro pro Jahr. Gleichzeitig fehlen Stadtrat Kurt Hohensinner 9 Millionen Euro für die Elementarpädagogik, die Verkehrsfinanzierungsbeiträge an die Holding Graz werden von Eber ausgesetzt – selbst der Juniorpartner SPÖ stimmt im Aufsichtsrat der Holding gegen diese Maßnahme.

Der Offenbarungseid: „Black Monday“ im November 2022
Bereits im Juni 2022 zeigen sich erste Schwierigkeiten. Eber muss bei Vorlage seines Doppelbudgets einbekennen, dass man sich künftig „keine weiteren Gebührenstopps“ mehr leisten werde können und es – so im Interview mit der Kleinen Zeitung vom 23. Juni 2022 – bis 2027 keine schwarzen Zahlen mehr geben werde. Eine direkte Folge der soeben von der Linkskoalition erhöhten Ausgaben im ersten Voranschlag. Am 28. August 2022 muss Eber das Doppelbudget gleich wieder reparieren – er muss die Verkehrsfinanzierungsbeiträge an die Holding nachzahlen. Das Aussetzen war rechtlich nicht gedeckt. Im September 2022 kann Vizebürgermeisterin Schwentner ihre Projekte nicht in den Gemeinderat einbringen, weil bereits zu diesem Zeitpunkt der Spielraum fehlt. Sie spricht von einer „kritischen Situation“, fordert via Medien in unter Koalitionspartnern unübli-



mit den Grazer Stadtfinanzen?



Sieht Finanzentwicklung kritisch: Ex-Stadtrat Riegler © Skrabel

cher Schärfe von Eber „Vorschläge zur Bewältigung". Dann am 7. November 2022 der Knalleffekt:
Der Stadtrechnungshofdirektor schreibt der Bürgermeisterin einen „Warnbrief". In der Kronen Zeitung liest man: „Rechnungshof: Graz steht unmittelbar vor der Pleite". Wiederholt schrammt man an Insolvenzszenarien der Holding nur knapp vorbei: Im März 2023 drohen bei der Holding Graz Einsparungen von 46 Millionen Euro bei Abfall, Abwasser und Stadtraum. Der Vorstand warnt vor einer Insolvenz innerhalb von vier Jahren. Immer klarer wird sichtbar: Eber und Kahr fehlt die Fähigkeit zum Krisenmanagement, angesichts der sich allgemein verschlechternden Wirtschaftslage mit sinkenden Ertragsanteilen und Kommunalsteuereinnahmen bräuchte es eine umfassende Budgetkonsolidierung. Die Bürgermeisterin zu all dem auf der Facebook-Seite der KPÖ: „So groß kann die Krise gar nicht sein, dass wir die Menschen hängen lassen." Später verlautbart Kahr: Man wolle den Haushalt sanieren, indem man u.a. die Rathaus-Reinigung verringere.

Das Budget kippt ins Negative, das zweite Stadion ist Geschichte

Im Juni 2024 dann die Erkenntnis: „Stadt wird neues Stadion nicht finanzieren können" (Kleine Zeitung vom 14. Juni 2024). Statt jedoch die Wahrheit auszusprechen, wird ein Stadion-Gipfel nach dem anderen einberufen und ein Stadion-Luftschloss um unleistbare 150 Millionen Euro geplant – um Zeit zu schinden bis nach der Wahl. Die Verzögerungen bei der Remise Steyrergasse führen zu einer Kostenexplosion von 150 auf 230 Millionen Euro – nur weil Schwentner das Projekt stoppt, um nachträglich ein Windrad auf dem Dach einplanen zu lassen, das sie am Ende aufgrund des medialen Drucks erst wieder absagen muss. Zugleich muss sie einbekennen, dass ihr anfänglicher Widerstand gegen den „Auto-Tunnel" Josef-Huber-Gasse rechtswidrig war. Auch hier: Mehrkosten in zweistelliger Millionenhöhe. Wohnen Graz wird unter Kahr zu einem Defizitbetrieb und Sanierungsfall. Das Wirtschaftsbudget wird von der Linkskoalition um die Hälfte gekürzt. Unternehmer gehen mehrmals auf die Straße, um dagegen zu protestieren.

Das Fazit: Kein Budget hat gehalten, es regiert das Chaos

Nach nunmehr fünf Jahren der KPÖ-Koalition zeigt sich ein verheerendes Gesamtbild. Rechnungshof und Grazer Kontrollamt warnen wiederholt, es fehlt an entschlossenen Gegensteuerungsmaßnahmen, kostspielige Prestigeprojekte der grünen Vizebürgermeisterin werden weiter vorangetrieben. Dass Kahr mit der Führung einer Stadt heillos überfordert ist, sieht man auch daran, dass die vom Land eingeführte Sozialkostenumlage mit Mehrkosten für Graz von jährlich 25 Millionen Euro von ihr schlichtweg verschlafen wird. Dennoch gehen die Wahlen 2026 gut für die KPÖ aus. Auf Kosten ihrer Koalitionspartner kann Kahr sogar noch zulegen und ihren ersten Platz behaupten. Kaum sind die Fernsehteams nach dem Wahlsonntag abgereist, müssen diese erneut nach Graz kommen: Der KPÖ-Finanzstadtrat muss – justament wenige Wochen nach der Wahl – im September 2026 einbekennen: Es geht sich nicht mehr aus. Ein Förderstopp muss verhängt werden, die Stadt Graz stehe neuerlich am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Selbst koalitionsfreundlich gesinnte politische Beobachter stellen fest: Die budgetäre Schieflage wurde offenbar vor der Wahl den Grazern verheimlicht. Die Kleine Zeitung schreibt am 5. September 2026: „Grazer Finanzstadtrat Eber räumt Fehler bei Liquiditätsvorschau ein." Nach Kritik von WK-Obmann Josef Herk an dieser Pleiten-und-Pannen-Politik droht Kahr öffentlich, die bereits zugesagte städtische Mitfinanzierung für ein Ausbildungszentrum für junge Lehrlinge beim WIFI zu streichen. Das Ergebnis dieser wirtschaftsfeindlichen Politik: Betriebe wie Odörfer oder Amazon siedeln sich außerhalb von Graz an – die Kommunalsteuern gehen verloren. Endstation Volkshaus.

Steckbrief

Dr. Günter Riegler

- **Geburtsdatum:**
  3. Februar 1966

- **Ausbildung:**
  Doktorat in BWL,
  Steuerberater und
  Wirtschaftsprüfer

- **Berufliche Laufbahn:**
  2004 bis 2011 Stadtrechnungshof-Direktor
  2011 bis 2017 Hochschulmanager (FH JOANNEUM)
  2017 bis 2021 Stadtrat für Finanzen, Wissenschaft und Kultur
  2021 bis 2025 Stadtrat für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur
  seit 2025
  Finanzleitung der ÖGK

Absurd: Wo in Graz jetzt gespart wird

Während Veranstaltungen für Menschen mit Behinderung abgesagt werden mussten und Sportvereine auf Förderungen warten, bleiben andere Ausgaben bestehen. Besonders deutlich wird die ungleiche Behandlung bei den gekürzten Bezirksbudgets und der finanzierten Stadtteilarbeit.

Wie widersprüchlich der Sparkurs von KPÖ und Grünen ist, zeigen konkrete Beispiele: Das Murinselgespräch und der Beirat für Menschen mit Behinderung mussten abgesagt werden. Sportvereine warten auf ihre Basisförderung.

Gleichzeitig bot die Stadt fünfstündige Radfahrtrainings für Magistratsmitarbeiter an – samt Programmpunkt „Straßenschilder einfach erklärt".

Bezirke werden ausgehungert

Besonders auffällig ist die Schieflage in den Stadtteilen: Die Budgets der gewählten Bezirksvertretungen wurden um 15 Prozent gekürzt und bleiben auf diesem Niveau. Gleichzeitig fließt weiterhin Geld in die von der Stadt finanzierte Stadtteilarbeit.

Für die ÖVP stellt sich die Frage, warum ausgerechnet die direkt gewählten Vertreter vor Ort weniger Spielraum erhalten, während andere Strukturen geschont werden. „Wer bei Vereinen und der Teilhabe von Menschen mit Behinderung spart, muss auch andere Ausgaben kritisch hinterfragen", sagt VP-Stadtrat Kurt Hohensinner.

„Es kann nicht sein, dass die Bezirke immer weniger selbst entscheiden können, während KPÖ und Grüne bei ihren eigenen Schwerpunkten kaum Abstriche machen.

Graz braucht faire Prioritäten statt Sparen mit zweierlei Maß."



Unterschriftenaktion zur Sport-Rettung © Grazer Volkspartei

In der Kultur regiert die Unsicherheit

Das Grazer Kulturbudget, eine Tragödie in vier Akten – ebenso oft wurde das Budget allein heuer von KPÖ und Grünen gekürzt. Planbarkeit ist de facto abgeschafft. Und im kommenden Jahr drohen weitere Einschnitte.

Es war Ende August, als KPÖ-Finanzstadtrat Manfred Eber unangekündigt einen Förderstopp verhängte – und damit einmal mehr alle Planungen im Kulturbereich über den Haufen warf. Der zweite Fördercall des Jahres war da bereits im Laufen. Jetzt, drei Monate später, hängen die mehr als 80 Förderwerber immer noch in der Luft. Die Linkskoalition setzte kurzerhand das Ressortprinzip außer Kraft – und so entscheidet nun der eigentlich gar nicht zuständige Finanzstadtrat, ob ein Kulturprojekt gefördert wird oder nicht. Was den Kommunisten, die gerne Geld verteilen, vornehmlich an ihre eigene Klientel, offenbar nicht bewusst ist: Die Kultur ist der einzige Bereich, in dem die Fördervergabe entpolitisiert ist – „nicht der politische Gusto entscheidet, sondern Fachbeiräte, die die eingereichten Projekte bewerten", betont Kulturstadträtin Claudia Unger (ÖVP).



Stadträtin Claudia Unger sorgt sich um kulturelle Vielfalt © Kanizaj

Sie tut nun, was Finanzstadtrat Eber längst hätte tun sollen: die Rolle der Krisenmanagerin übernehmen. „Es ist unstrittig, dass die Stadt Graz sparen muss. Die Linkskoalition hat, offenbar um sich über die Wahl zu wurschteln, viel zu spät Maßnahmen ergriffen", kritisiert Unger, „es braucht jetzt endlich klare Vorgaben und Planungssicherheit."

Weitere Budgetkürzungen angekündigt

Und im kommenden Jahr will die dunkelrot-grüne Koalition im Kulturbereich eine weitere halbe Million Euro einsparen. Noch drastischere Kürzungen konnten vorerst abgewendet werden. Dass das Budget diesmal hält, will man allerdings explizit nicht garantieren. Es regiert also weiterhin die Unsicherheit.

„Wo gespart wird, ist immer eine Frage der politischen Prioritätensetzung", stellt Unger klar, „solange Millionen in grüne Prestigeprojekte wie die Kaiserfeldgasse und Sozialleistungen, die es nur in Graz gibt, gepumpt werden, sind Kürzungen im Kulturbereich nicht alternativlos."



Klubchefin Anna Hopper, VP-Obmann Kurt Hohensinner und Stadträtin Claudia Unger mit dem 13-köpfigen Gemeinderatsteam © Prinz

Nach Graz-Wahl: Volkspartei behauptet sich, KPÖ-Grün regiert weiter

Am 28. Juni konnte die Hohensinner-VP ihr Ergebnis von 2021 und damit ihre zwei Stadträte und 13 Gemeinderatsmandate halten. KPÖ und Grüne haben im Gemeinderat noch ein Mandat Überhang und regieren mit knapper Mehrheit weiter.

Bei der Graz-Wahl am 28. Juni behauptete die Volkspartei mit 25,28 Prozent und 13 Mandaten ihre Position. Der Wermutstropfen: KPÖ und Grüne verfügen über eine knappe Mehrheit von 25 der 48 Sitze und setzen ihre Koalition fort.

Wirtschaftsressort entzogen

Besonders bitter: Die ÖVP verlor das Wirtschaftsressort. In die Ressortverteilung wurde sie nicht eingebunden, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt. „Wir hätten gerne weiter Verantwortung für die Wirtschaft getragen. Statt Zusammenarbeit und Neustart wird die Opposition weiter links liegen gelassen“, kritisiert VP-Obmann Kurt Hohensinner. Für die Bildung und den Sport wird Hohensinner weiterhin zuständig sein und auch der Bereich Inklusion wird zukünftig wieder von ihm übernommen.

Neben Hohensinner bleibt Claudia Unger Stadträtin und wird sich weiterhin für die Kultur sowie den Bereich Jugend und Familie einsetzen. Anna Hopper führt den ÖVP-Gemeinderatsklub, Markus Huber ist Geschäftsführer.

Starkes Team im Rathaus

Bernhard Bauer und Vanessa Legenstein bringen im Gemeinderat zukünftig Wirtschaftskompetenz ein, Konstantin Nöst vertritt die Jugend und Lehrerin Johanna Eichinger-Eisel-Eiselsberg die Bildung.

Durch je über 200 Vorzugsstimmen zogen fünf weitere Mandatare ein: Rückkehrer Peter Stöckler, Mariatrosts langjähriger Bezirksvorsteher Erwin Wurzinger, Andreas Molnar aus St. Leonhard, Georg Schröck-Weikhard aus St. Peter und Martin Marku aus Liebenau.

„Unser neuer Klub spiegelt unsere Stadt wider: Jung und Alt, Arbeitnehmer und Unternehmer, politische Quereinsteiger und erfahrene Kommunalpolitiker aus Gemeinderat und Bezirksrat“, freut sich Klubobfrau Anna Hopper über das neue Team.

„Was uns verbindet, sind unterschiedliche Perspektiven, breite fachliche Kompetenz und die gemeinsame Bereitschaft, Verantwortung für Graz zu übernehmen. Von Bildung und Stadtplanung über Wirtschaft und Soziales bis hin zu Sport und Sicherheit bringen wir vielfältige Erfahrungen und neue Ideen ein. Diese Mischung aus frischen Impulsen und politischer Erfahrung macht unseren Klub stark.“



Hopper: „Koalition schwächt Wirtschaftsstandort!“ © Jöbstl

KPÖ-Grün bremst die Innenstadt aus

Parken wird um fast ein Viertel teurer, die Gratis-Altstadt-bim verschwindet. VP-Clubobfrau Anna Hopper warnt vor Folgen für die Grazer Innenstadt.

Die Grazer Innenstadt wird noch schwerer erreichbar: Ab 4. Jänner 2027 kostet eine halbe Stunde in der Blauen Zone 1,60 statt bisher 1,30 Euro. Das ist ein Anstieg um rund 23 Prozent – weit über der Inflation. Wer drei Stunden parkt, zahlt künftig 9,60 statt 7,80 Euro. Auch in der Grünen Zone steigen die Tarife von 1 auf 1,20 Euro je halber Stunde.

Doch damit nicht genug: Mit Jahresbeginn wird auch die kostenlose Altstadtbim eingestellt. Ausgerechnet in einer Stadt, in der die Stundenkarte für Bus und Bim mittlerweile 3,30 Euro kostet und damit zu den höchsten Öffi-Tarifen Österreichs zählt, fällt so eine Möglichkeit weg, die Innenstadt zu erreichen und dort mehrere Stationen kostenlos zurückzulegen.

Innenstadt unter Druck

„Zuerst nimmt man Parkplätze weg, dann verteuert man das Parken massiv und jetzt streicht man auch noch die Gratis-Bim. So bringt man keine zusätzlichen Besucher in die Innenstadt“, kritisiert VP-Clubobfrau Anna Hopper.

Leidtragende seien nicht nur die Grazerinnen und Grazer, sondern auch Handel, Gastronomie und Dienstleistungsbetriebe, die auf gute Erreichbarkeit angewiesen sind.

Für Hopper ist der Kurs ein Symptom der Budgetpolitik von KPÖ und Grünen: „Anstatt bei den eigenen Strukturen zu sparen, greift die Koalition in die Geldbörsen der Menschen und schwächt gleichzeitig unseren Wirtschaftsstandort.

Graz braucht eine Innenstadt, die für alle gut erreichbar ist.“

Wohnen Graz:

Die enormen Verluste bei Wohnen Graz belasten die ohnehin angespannte Grazer Finanzlage. Der Eigenbetrieb selbst beziffert sein Minus für die Jahre 2021 bis 2026 mit 25 Millionen Euro. (siehe Grafik)
Der Strategiebericht prognostiziert bis 2031 weitere rund 55 Millionen Euro Verlust, wenn keine wirksamen Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

„Diese Entwicklung unter der Kahr-Regierung ist alarmierend. Jeder Euro, der zum Ausgleich dieser Verluste gebraucht wird, fehlt für andere wichtige Aufgaben unserer Stadt“, kritisiert ÖVP-Gemeinderat und Wohnungssprecher Markus Huber.

Auch das Kontrollamt stellte erhebliche Mängel fest: Es kritisierte unzureichende Gegenmaßnahmen und fehlende langfristige Steuerung. Das angekündigte finanzielle Sanierungs-



Übt scharfe Kritik: Huber © Jöbstl

Parken neu denken

Hunderte reservierte Parkplätze, aber oft keine Stellplätze für Patienten und Kunden: Kurt Hohensinner fordert eine Evaluierung des Anrainerparkens.

Seit April sind allein in St. Leonhard rund 450 Parkplätze für Anrainer reserviert. Die ÖVP begrüßt den Schutz für Bewohner in den Abend- und Nachtstunden, hinterfragt aber die ganztägige Sperre. Denn Ärzte, Betriebe, Handwerker und mobile Dienste berichten von Problemen, tagsüber einen Stellplatz zu finden.
Stadtrat Kurt Hohensinner fordert daher eine Untersuchung der tatsächlichen Auslastung. „Wenn Parkplätze untertags leer stehen, während Patienten und Kunden keinen Platz finden, muss nachgebessert werden.“

Der VP-Vorschlag: Anrainerparkplätze werktags zeitweise für alle öffnen, abends bleiben sie Bewohnern vorbehalten.



Gehört evaluiert: Anrainerparken © Privat

Millionenverluste verlangen Gegenmaßnahmen

konzept, das den Eigenbetrieb wieder auf eine gesunde wirtschaftliche Basis stellen soll, liegt bis heute nicht vor.

Externes Rechtsgutachten beauftragt

Huber hat deshalb ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben: „Ich sehe es als meine Pflicht als Gemeinderat, die rechtlichen Möglichkeiten prüfen zu lassen und diesen Verlusten gegenzusteuern. Wir tragen Verantwortung für das Geld der Bevölkerung."

Bürgermeisterin Elke Kahr verweist auf den sozialen Auftrag des kommunalen Wohnens. Für Huber setzt dieser eine dauerhaft tragfähige Finanzierung voraus: „Leistbares Wohnen braucht ein sicheres Fundament. Anhaltende Millionenverluste gefährden langfristig die Unterstützung jener Menschen, die darauf angewiesen sind."

Deshalb fordert die Grazer Volkspartei ein verbindliches Sanierungskonzept, weniger Leerstand, ein wirksames Forderungsmanagement und regelmäßige Berichte an den Gemeinderat.

Sanierungskonzept gefordert

„Die Kahr-Regierung muss einen nachvollziehbaren Weg aus den Verlusten vorlegen. Wir wollen Wohnen Graz für die Bevölkerung sichern und die Stadtfinanzen entlasten."



Die jährlichen Verluste sind katastrophal



Experten aus dem Amt wurden ignoriert © Envato

30er-Zone ohne Not

Die neuen Tempo-30-Regelungen in der Grazer Mandellstraße und Keplerstraße sorgen für Kritik. In der Keplerstraße setzte Vizebürgermeisterin Judith Schwentner die Beschränkung gar per Weisung durch, obwohl das Straßenamt keine ausreichenden fachlichen Gründe sah. ÖVP-Gemeinderat Markus Huber fordert Transparenz und kritisiert: „Fachliche Einwände einfach mit einer Weisung zu übergehen, ist politisch der falsche Weg."
Graz brauche eine Verkehrspolitik mit Hausverstand und überprüfbaren Fakten.

Falsche Zahlen, egal?

Eine 2,4 Millionen Euro teure Sanierung am Hollerweg wirft Fragen auf: Entscheidende Angaben waren falsch. KPÖ und Grüne beschlossen sie dennoch.

Bei der geplanten Sanierung der Wohnanlage Hollerweg 2, 4 und 6 wurden dem Gemeinderat widersprüchliche Grundlagen vorgelegt. Statt eines Eternitdachs gibt es ein Ziegeldach, Asbest ist entgegen der Informationen nicht verbaut. Und noch schlimmer: Das Land fördert nicht 316.000 Euro, sondern nur 194.000 Euro. VP-Gemeinderätin Vanessa Legenstein forderte deshalb, die offenen Fragen vor dem 2,4-Millionen-Euro-Beschluss zu klären. Doch KPÖ und Grüne lehnten sowohl eine Absetzung als auch eine neuerliche Beratung ab.

„Bei einem Millionenprojekt müssen die Fakten stimmen", kritisiert Legenstein. Die VP stimmte gegen die Sanierung in dieser Form.



Fordert Fakten: Legenstein © Jöbstl

Zwei Leben im Dienste unserer Stadt

Die Grazer Volkspartei trauert um zwei Persönlichkeiten, die unsere Stadt geprägt haben: Altbürgermeister Franz Hasiba und den ehemaligen Stadtrat Werner Stoiser.

Beide verstarben am 2. August 2026. Ihre Leistungen und ihre Haltung bleiben unvergessen.

Franz Hasiba verstarb einen Tag vor seinem 94. Geburtstag
Von 1983 bis 1985 stand er als Bürgermeister an der Spitze der Stadt. Zuvor war er Bürgermeister-Stellvertreter, später dann Landesrat, Landeshauptmann-Stellvertreter und Präsident des Steiermärkischen Landtages. Als Mitgestalter des „Modell Steiermark" öffnete er Räume für neue Ideen.

Hasiba war ein Mann der Handschlagqualität: besonnen, verlässlich und überzeugt davon, dass politischer Streit und persönlicher Respekt zusammengehören.



Altbürgermeister Hasiba © Privat

Werner Stoiser wurde 84 Jahre alt
Von 1988 bis 1998 gestaltete er als ÖVP-Stadtrat die Entwicklung von Graz mit. Zu seinen bleibenden Leistungen zählen ein transparentes Punktesystem bei der Vergabe von Gemeindewohnungen und die Abschaffung der Pragmatisierung.

In seine Amtszeit fiel die Eröffnung des Liebenauer Stadions. Durch den Ankauf von 137 Hektar am Buchkogel mit St. Johann und Paul sicherte er ein Naherholungsgebiet für Generationen.

„Franz Hasiba und Werner Stoiser haben nicht für den schnellen Applaus gearbeitet, sondern für eine lebenswerte Stadt und ihre Zukunft", würdigt VP-Obmann Kurt Hohensinner ihr Wirken.



Stadtrat Werner Stoiser © Privat

„Wir sind beiden zu großem Dank verpflichtet und werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren."

Unser tiefes Mitgefühl gilt ihren Familien.

Zwischen Grün und Großstadt



PROF. KARL A. KUBINZKY

Irgendwie war und ist Graz immer mit der Natur verbunden. Natürlich könnte es fast immer mehr Natur sein. Seit fast 200 Jahren bemühten sich Kommunalpolitiker, nicht immer erfolgreich, um einen Ausgleich Stadt-Natur.

Hier kann nur ein Überblick gegeben werden. Auch in der ganz frühen Stadtgeschichte gab es im ummauerten Graz und besonders davor, nicht typisch städtische genutzte Freiflächen. Noch im 19. Jahrhundert standen der dichten innerstädtischen Bebauung große Freiflächen, besonders am rechten Murufer (Lend, Gries) und am östlichen Stadtrand, gegenüber. Klöster hatten meist größere Gartenanlagen und viele der Parkanlagen der Palais zeugten vom lokalen Luxus. So reichte der Park des Meerscheinschlössels bis zum Geidorfplatz. Auch das Palais Meran Erzherzog Johanns hatte seinen Park, den es noch immer gibt. Viel bescheidener, aber doch ansehnlich gärtnerisch gestaltet war der Garten des Palais Herberstein in der Leonhardstraße.



Der Grazer Stadtpark als Visitenkarte der Stadt © Sammlung Kubinzky

Das städtische Wachstum des späten 19. Jahrhunderts verlangte nach Grünflächen für die Öffentlichkeit. Der Schloßberg und der spätere Stadtpark waren zwar lange Zeit ein Teil der Festung Graz, wurden aber so wie auch der Park des Schlosses Eggenberg nach 1850 für Grazer Besucher geöffnet. Auch Augarten (um 1890) und Volksgarten (ab 1871) brachten in der Gründerzeit Parklandschaft nach Graz.
Die bis 1938 nicht zu Graz gehörigen Randgemeinden rund um Graz, wie Mariatrost oder Eggenberg, boten viel Natur. Schon ab 1900 führte die Elektrische über die alte Stadtgrenze in Ausflugsgebiete. Höhenlagen mit Aussicht, wie die Platte oder der Plabutsch, waren samt ihrer Gastwirtschaften gern besuchte Wanderziele.

Starke Stimmen in Grazer Bezirken

Bei der heurigen Wahl am 28. Juni wurden neben dem Gemeinderat auch die Bezirksräte neu gewählt. Besonders erfreulich für die Grazer Volkspartei: Sie stellt nun acht der 17 Bezirksvorsteher – zwei mehr als nach der Wahl 2021.



Wechsel nach 10 Jahren: Schweditsch folgt Wurzinger © Grazer Volkspartei

In Andritz und in St. Peter hatten KPÖ, Grüne und SPÖ sich ja gegen die ÖVP verbündet und in einem traurigen jährlichen Wechselmodus die Bezirksvorstehung für sich beansprucht. Offenbar ist nunmehr die Einsicht eingekehrt, dass sich der Wählerwille auch in der Besetzung der Bezirksvorsteherfunktion widerspiegeln sollte – und nicht nur in der Zusammensetzung des Bezirksrates.

Das Wahlergebnis in den Bezirken ist ein starkes Vertrauenssignal und ein klarer Auftrag, die Anliegen der Bevölkerung vor Ort zu vertreten. Erstmals übernehmen Christian Jelesic in Andritz, Meinhardt Schweditsch in Mariatrost und Erich Kickenweitz in St. Peter die Funktion des Bezirksvorstehers. Als Bezirksvorsteher wiedergewählt wurden Peter Mayr in Waltendorf, Josef Schuster in Ries, Karl Christian Kvas in Liebenau, Helmuth Scheuch in Puntigam und Walter Wurm in Straßgang.

Selbstverständlich ist die Grazer Volkspartei auch in allen anderen Bezirken mit engagierten Bezirksräten vertreten. Damit ist die Grazer Volkspartei eine starke Stimme in den Bezirken. Ob sichere Schulwege, gepflegte Grünanlagen oder die täglichen Anliegen im Bezirk: Die Bezirksvorsteher der Grazer Volkspartei sind Ansprechpartner, hören zu und setzen sich für konkrete Verbesserungen ein.

Bürgernähe bedeutet für sie, erreichbar zu sein, Probleme ernst zu nehmen und gemeinsam Lösungen zu finden.

Mit Hausverstand und Tatkraft möchte die Grazer Volkspartei die Lebensqualität in den Grazer Bezirken weiter verbessern.



Tag der Lehrberufe eröffnet Job-Perspektiven © Stadt Graz

Karriere mit Lehre

Rund 1.000 Schüler konnten beim fünften Tag der Lehrberufe am Grazer Hauptplatz die Vielfalt der Lehrausbildung entdecken. Über 20 Betriebe und Beratungsstellen boten Einblicke und die Möglichkeit, selbst Hand anzulegen. Für Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner ist frühe Berufsorientierung entscheidend: „Junge Menschen müssen ihre Talente entdecken und den Beruf finden können, der zu ihnen passt." Auch Grazer Berufsvorbereitungsschulen unterstützen sie auf diesem Weg.



Zukünftig wohl Wohnbau
© Grazer Volkspartei

Pammerbad: Eine vertane Chance

Über Generationen hinweg war das Pammerbad ein beliebter Treffpunkt und Ort der Erholung im Grazer Osten. Nun hätte die Stadt die Chance gehabt, das Areal für die Bevölkerung zu sichern und eine künftige öffentliche Nutzung für die Grazer Bevölkerung zu ermöglichen.

Doch KPÖ und Grüne haben beschlossen, auf den Ankauf der angebotenen Fläche zu verzichten. Auf die Einbindung der Menschen vor Ort oder die Berücksichtigung der Wünsche der Familien in den Bezirken St. Peter und Waltendorf wurde ebenfalls verzichtet. Besonders tragisch ist diese Entscheidung für all jene, die in den letzten Jahren die Forderungen der KPÖ nach dem Erhalt und der Wiedereröffnung des Pammerbades mitgetragen haben und die jetzt wohl besonders enttäuscht sind.

In Regierungsverantwortung handelt die KPÖ nun entgegen ihren eigenen Versprechen. Damit ist eine seltene Gelegenheit vertan, wertvollen Grün- und Erholungsraum für Waltendorf und St. Peter zu sichern. Stattdessen dürfte auf dem Gelände künftig wohl Wohnbau entstehen und somit wieder eine öffentliche Fläche für die Bevölkerung vor Ort verloren gehen.



Landeshauptmann-Stv. Manuela Khom hat klare Vorstellungen zur Entlastung von Eltern und einem besseren Miteinander © Benjamin Gasser

„Sieben Wochen Sommerferien sind genug!"

Landeshauptmann-Stv. Manuela Khom über Bildung, Verkehr und Zusammenleben in Graz.

„Schulferien müssen zur Lebenssituation der Menschen passen."

Khom: Neun Wochen Sommerferien stellen viele Familien jedes Jahr vor große Herausforderungen. Beruf und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bringen, ist in dieser Zeit oft schwierig. Aktuell unterbrechen die Herbstferien den Schulalltag, wenn er gerade erst Fahrt aufgenommen hat.

Deshalb habe ich den zuständigen Bildungsminister ersucht, zu prüfen, ob man die Sommerferien nicht um zwei Wochen verkürzen und mit ihnen eine Woche früher beginnen könnte.

Sieben Wochen Ferien sind weiterhin eine lange Erholungszeit. Dafür gewinnen wir im Herbst längere, zusammenhängende Lernphasen. Auch die zunehmende Sommerhitze spricht dafür, die Ferienzeiten neu zu denken, also die Ferien früher beginnen zu lassen und auch wieder früher ins Schuljahr zu starten.

Mir geht es nicht darum, Kindern oder Lehrkräften Erholung zu nehmen, sondern um eine vernünftige Lösung, die den Lernerfolg stärkt und Familien entlastet. Hier braucht es aber jedenfalls eine bundesweit einheitliche Lösung.

„Graz braucht starke Verbindungen."

Khom: Eine international wettbewerbsfähige Steiermark braucht eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Graz und die gesamte Region müssen für Unternehmen, Fachkräfte, Wissenschaft und Tourismus gut erreichbar sein – auf der Straße, auf der Schiene und in der Luft.

Deshalb müssen wir den Flughafen Graz stärken. Ein zentraler Schritt ist die Abschaffung der Flugabgabe, die unsere Regionalflughäfen benachteiligt und Verbindungen gefährdet. Wenn Flugverbindungen ins Ausland abwandern, verliert unser Wirtschaftsstandort an Attraktivität. Gleichzeitig müssen wir den Flughafen besser an das Bahnnetz anbinden. Wir werden daher nicht müde, uns für eine Haltestelle der Koralmbahn direkt am Flughafen einzusetzen. Das würde die Anreise aus der gesamten Region erleichtern und den Flughafen besser mit dem internationalen Bahnverkehr verknüpfen.

„Ein gutes Miteinander gibt es nur mit klaren Regeln."

Khom: Ich möchte, dass sich alle Menschen in Graz sicher und zu Hause fühlen können. Im öffentlichen Raum, in der Schule und am Arbeitsplatz. Dafür braucht es ein gutes Miteinander und das gibt es nur mit klaren Regeln, die für alle gelten. Österreich ist ein Rechtsstaat, und unsere Gesetze stehen über religiösen Vorschriften.

Wer hier lebt, muss seinen Glauben nicht aufgeben, aber unsere Rechtsordnung und die Rechte anderer respektieren. Besonders wichtig ist mir, dass Frauen selbstbestimmt leben können und niemand unter religiösen oder gesellschaftlichen Druck gerät.

Gleichzeitig müssen wir jene fördern, die sich integrieren, Deutsch lernen, arbeiten und sich in unserer Gesellschaft einbringen.

Eine offene Gesellschaft darf nicht naiv sein. Offenheit und klare Grenzen gehören für mich zusammen.



Landesrat Dr. Kornhäusl kennt die Herausforderungen © Grill

Portalambulanz für Kinder startet wieder

Damit Kinder auch in der Infekt-Saison rasch medizinische Hilfe erhalten, öffnet die Portalambulanz an der Grazer Kinderklinik an Wochenenden wieder bis zum 31. März.

Für ÖVP-Gesundheitslandesrat Dr. Karlheinz Kornhäusl ist klar: „Als Arzt, vor allem aber als Vater weiß ich: Wenn Kinder krank werden, brauchen Familien vor allem eines: rasche und verlässliche medizinische Hilfe." Gerade in den Wintermonaten ist der Andrang in der Grazer Kinderklinik oft groß. Da nicht jeder kleine Patient die spezialisierte Medizin der Universitätsklinik benötigt, raten Experten: „Vor einem Spitalsbesuch wird empfohlen, das Gesundheitstelefon 1450 zu kontaktieren. Oft ist die Fahrt in die Klinik gar nicht notwendig!"
Um den erhöhten Bedarf während der Infekt-Saison abzudecken, öffnet die Portalambulanz am Vorplatz des Kinderzentrums am LKH-Universitätsklinikum auch heuer wieder. Kinderfachärzte untersuchen die jungen Patienten und entscheiden nach einer Ersteinschätzung, ob sie direkt vor Ort behandelt oder bei Bedarf an die Klinik weitergeleitet werden. So entstehen zusätzliche Behandlungsmöglichkeiten, während die Ressourcen der Kinderklinik für schwere Fälle bereitstehen.

Das Konzept hat sich bewährt: In den vergangenen Wintersaisonen konnte rund ein Drittel der jungen Patienten während der Öffnungszeiten direkt in der Portalambulanz versorgt werden. Die Einrichtung ist bis 31. März an den Wochenenden – je nach Bedarf – geöffnet. Vorab sollte jedoch das Gesundheitstelefon 1450 kontaktiert werden. Oft ist ein Klinikbesuch nicht notwendig: Beispielsweise reicht ein Besuch beim niedergelassenen Kinderarzt am nächsten Tag aus oder es wird ein Hausbesuch organisiert.

Kürzere Wartezeiten, bessere Versorgung!

Schon heute leben rund 53.000 Menschen über 65 Jahre in Graz, bis 2035 werden es laut Prognosen mehr als 63.000 sein. Damit steigen die Anforderungen an die medizinische Versorgung. Gerade altersbedingte Erkrankungen wie der Graue Star zeigen, wie wichtig ausreichende Behandlungskapazitäten und kurze Wartezeiten sind.

Hier setzt auch Gesundheitslandesrat Karlheinz Kornhäusl an, denn ihm ist wichtig, dass man schneller zum Termin und rascher zur Behandlung kommt.

Die Voraussetzungen sind gut: In den steirischen Spitälern sind de facto alle Stellen besetzt. Jetzt geht es darum, die Effizienz zu steigern, damit die Patientinnen und Patienten noch besser versorgt werden. Es gibt erste Fortschritte: Beim Grauen Star wurden Maßnahmen gesetzt. Durch zusätzliche Kapazitäten und besseres Terminmanagement konnte die Zahl der OP-Vormerkungen um 18 Prozent reduziert werden.

Die Anzahl der Knie-Operationen wurde um rund 25 Prozent gesteigert. Eine aktuelle Studie zeigt, dass die steirischen Spitäler im Hinblick auf die Transparenz bei OP-Wartezeiten vorbildlich agieren. Somit entscheidet nur die medizinische Notwendigkeit, wie schnell jemand operiert wird.

Eine Studie der Sozialversicherung zeigt, dass die Steiermark bei den Wartezeiten auf MRT-Untersuchungen österreichweit zu den besten Bundesländern zählt. Dennoch sieht Kornhäusl Handlungsbedarf bei den Wartezeiten auf Facharzttermine. Hier ist die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) in Wien gefordert, ihrer Verantwortung für die kassenärztliche Versorgung endlich nachzukommen.

Für Kornhäusl ist klar: „Wir haben bereits einiges erreicht, aber es gibt noch viel zu tun. Unser Ziel ist klar: Die Steirerinnen und Steirer sollen schneller zum Termin und rascher zur Behandlung kommen. Dafür müssen alle Beteiligten ihren Beitrag leisten.

Gerade bei den Wartezeiten auf Facharzttermine ist die zuständige Sozialversicherung gefordert, endlich spürbare Verbesserungen in der kassenärztlichen Versorgung sicherzustellen."



„Es gibt noch viel zu tun!" © Paller

Politischen Islam verbieten –



KO Schnitzer und Meinungsforscher Haselmayer präsentieren die Steiermarkvermessung © Lorber

Die Steirische Volkspartei hat die Forderung nach einem Verbot des politischen Islams im Landtag auf den Weg gebracht. Ein klarer Auftrag nach Wien mit einem klaren Ziel: Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie schützen und ein sicheres Miteinander in Graz und der gesamten Steiermark stärken. Wie es jetzt weitergeht.

Ob im Klassenzimmer, am Arbeitsplatz oder in der unmittelbaren Nachbarschaft: Unser Zusammenleben beginnt im täglichen Umgang miteinander. Die Steirerinnen und Steirer müssen darauf vertrauen können, dass dieselben Rechte und Regeln für alle gelten. Im Umkehrschluss ist für die Steirische Volkspartei deshalb ganz klar: Wer Religion dazu missbraucht, demokratische Grundsätze auszuhöhlen oder Frauen und Mädchen in ihrer Freiheit einzuschränken, muss mit den Konsequenzen leben. Hier braucht es einen entschlossenen Rechtsstaat!

Landeshauptmann-Stv. Manuela Khom und Klubobmann Lukas Schnitzer haben sich daher im Landtag Steiermark für ein Verbot des politischen Islams per Verfassungsgesetz eingesetzt. Die Religionsfreiheit bleibt davon unberührt. Wer jedoch religiöse Herrschaftsansprüche über die demokratische Ordnung stellt, dem muss der Rechtsstaat klare Grenzen setzen. Der Landtag Steiermark fordert ein entsprechendes Verbot auf Bundesebene ein – jetzt ist die Bundesregierung am Zug.

„Steiermarkvermessung“: Sorgen ernst nehmen, Freiheit schützen

Wie die Steirerinnen und Steirer das Zusammenleben im Land beurteilen, zeigt die „Steiermarkvermessung“ des StVP-Landtagsklubs. Dafür hat das Institut für Demoskopie und Datenanalyse 800 wahlberechtigte Steirerinnen und Steirer in einer repräsentativen Umfrage zu ihren Wahrnehmungen und Erfahrungen befragt.

Die Ergebnisse zeigen ein klares Bild: 80 Prozent haben große Sorge, dass unterschiedliche Vorstellungen über Werte und Regeln bei der Integration von Menschen aus überwiegend muslimisch geprägten Herkunftsländern zu Konflikten führen könnten. Besonders häufig sehen die Befragten Konfliktpotenzial bei der Gleichberechtigung von Frauen und Männern: 83 Prozent nennen diesen Bereich. Bei der Geltung österreichischer Gesetze und demokratischer Grundprinzipien sind es 77 Prozent.

Die Hälfte der Befragten hält politisch-islamistische Gruppen, die religiöse Regeln über Gesetze oder demokratische Grundprinzipien stellen wollen, in der Steiermark für sehr oder eher verbreitet. Und sogar 69 Prozent sehen darin eine große Gefahr für das demokratische Zusammenleben in unserem Land.

Für Landeshauptmann-Stv. Manuela Khom ergibt sich daraus ein klarer Auftrag: „Diese Einschätzungen zeigen, wie wichtig es ist, Sorgen ernst zu nehmen und klar zwischen persönlichem Glauben und demokratiefeindlichen Machtansprüchen zu unterscheiden.“

Politischer Islam und Situation in Schulen

Besonders unmittelbar zeigen sich die Herausforderungen des Zusammenlebens in der Schule. 93 Prozent der in der „Steiermarkvermessung“ Befragten sehen große Herausforderungen für den Unterricht, wenn mehrere Kinder wegen unzureichender Deutschkenntnisse nicht ausreichend folgen können. Eine gemeinsame Sprache schafft die Voraussetzung dafür, miteinander zu lernen, Konflikte zu lösen und Chancen wahrzunehmen.
Auch religiös geprägte Konflikte beschäftigen Schulen.

Zusammenleben stärken!

Beim jüngsten „SteirerTalk“ am Grazer Karmeliterplatz diskutierten Barbara Gmeiner, Direktorin der Volksschule Bertha von Suttner, Christian Klar, Leiter der Franz-Jonas-Europaschule in Wien, und Fikret Fazlić, Imam des Islamischen Kulturzentrums Graz, über das Verhältnis von Religion, Demokratie und Schule.

Gmeiner schilderte Erfahrungen aus ihrem Schulalltag und fand klare Worte: „Es ist Zeit, ganz klar zu sagen: hier ist eine Grenze erreicht.“ Der Wiener Schulleiter Klar betonte, dass Religionsfreiheit das friedliche Zusammenleben nicht gefährden dürfe. Imam Fazlić verwies darauf, dass ein Verbot allein patriarchale Strukturen nicht aufbreche.

Die Diskussion und zahlreiche Beispiele aus dem Publikum verdeutlichten den Handlungsbedarf: Die Vermittlung westlicher Werte ist eine zentrale Aufgabe für ein gelingendes Zusammenleben.

Integration braucht Beteiligung

85 Prozent der Befragten in der „Steiermarkvermessung“ befürworten qualifizierte Zuwanderung unter klaren Voraussetzungen: Zugewanderte sollen Deutsch lernen, unsere Gesetze und demokratischen Grundwerte respektieren und am gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Leben teilnehmen.

Ebenso deutlich ist die Erwartung, dass verpflichtende Integrationsmaßnahmen wahrgenommen werden. 94 Prozent unterstützen mögliche Kürzungen der Sozialunterstützung bei arbeitsfähigen Personen – wie sie vor kurzem auch im Bund auf den Weg gebracht wurden – die Deutsch- oder Integrationsmaßnahmen nachweislich und ohne triftigen Grund verweigern.

Vom politischen Auftrag zum Handeln

Für Landeshauptmann-Stv. Khom reicht es nicht, die Ergebnisse der „Steiermarkvermessung“ zur Kenntnis zu nehmen. Sie hat deshalb auf Grundlage der repräsentativen Befragung ein Maßnahmen- und Positionspapier beauftragt. Die Erkenntnisse sollen in konkrete politische Schritte für Integration, Sicherheit und Zusammenleben einfließen. Der Anspruch der Steirischen Volkspartei: Freiheit schützen, Integration einfordern und jene stärken, die zu einem guten Miteinander beitragen. Damit die Menschen in Graz und der gesamten Steiermark auch künftig sicher und selbstbestimmt leben können.

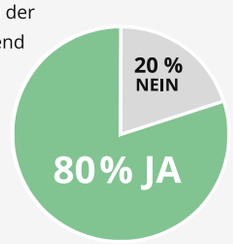


LH-Stv. Khom: „Integration stärker einfordern!“ © Platzer

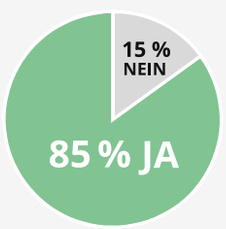
Steiermarkvermessung

Im Auftrag des Landtagsklubs der Steirischen Volkspartei | Institut für Demoskopie und Datenanalyse · n = 800

Ich habe große Sorge, dass unterschiedliche Vorstellungen über Werte und Regeln bei der Integration von Menschen aus überwiegend muslimisch geprägten Herkunftsländern zu Konflikten führen könnten.



Ich begrüße qualifizierte Zuwanderung unter Voraussetzung eines klaren Integrationsbekenntnisses.



Steiermarkvermessung: 94 Prozent unterstützen Kürzungen der Sozialunterstützung bei arbeitsfähigen Personen



WB-Obmann Bernhard Bauer

© Grazer Volkspartei

Weniger Bürokratie für Unternehmen

Der Wirtschaftsbund Graz begrüßt das zweite Deregulierungspaket des Landes Steiermark: 113 Gesetze sollen vereinfacht, elf aufgehoben werden. Ziel ist, Unternehmen von bürokratischen Hürden zu entlasten. Kürzere Entscheidungsfristen, weniger Bewilligungspflichten und einfachere Verfahren schaffen mehr unternehmerischen Freiraum. „Praxistaugliche Regeln erleichtern Investitionen und entlasten Betriebe“, betont Bernhard Bauer.



Im Austausch: Hohensinner mit der JVP © Grazer Volkspartei

„Jungen Grazern eine Stimme geben!“

Die JVP Graz hat Stadtparteiobmann Kurt Hohensinner ihre Forderungen mitgegeben: Wohnen, Öffi-Tickets und Sportvereine müssen für junge Menschen leistbar bleiben. Damit Jugendliche abends sicher heimkommen, braucht es ÖV-Angebote bis in die Nacht. Gerade beim Sparen dürfen Jugendangebote nicht verloren gehen, weil Vereine schaffen Gemeinschaft und Zusammenhalt. JVP-Chef und Gemeinderat Konstantin Nöst setzt sich dafür ein, dass die Anliegen junger Menschen bei Entscheidungen der Stadt gehört und auch berücksichtigt werden.



Kämpft für Ries: Schuster

© Grazer Volkspartei

Rieser ohne Wasser

Wenn der Hausbrunnen versiegt, wird selbst das Duschen zum Problem. Wiederkehrende Engpässe waren der Anlass, die öffentliche Wasserversorgung im Bereich Rohrbachhöhe in drei Bauabschnitten auszubauen. Für die Haushalte sollte damit eine verlässliche Versorgung mit Trinkwasser geschaffen werden.

Der dritte Abschnitt war ursprünglich ab Frühjahr 2025 vorgesehen, sofern die Finanzierung gesichert ist. Laut Aussage von Stadtrat Eber soll nun jedoch erst 2028 gebaut werden. Damit verschiebt sich der angekündigte Baubeginn um drei Jahre. Für die Bewohner bedeutet das: weiter warten auf den Anschluss an die öffentliche Trinkwasserversorgung. Wann tatsächlich Wasser aus der Leitung fließt, bleibt damit offen. Die Betroffenen brauchen Klarheit statt weiterer Verzögerungen.

„Die Menschen brauchen eine verlässliche Wasserversorgung und einen verbindlichen Zeitplan. Wer wegen versiegender Hausbrunnen auf einen Anschluss wartet, kann nicht immer weiter vertröstet werden“, fordert Bezirksvorsteher Josef Schuster. Während für grüne Prestigeprojekte Geld vorhanden ist, fehlt es offenbar an Mitteln für die grundlegenden Aufgaben einer Stadt.



NAbg. Daniela Gmeinbauer

© Grazer Volkspartei

Österreichs Tourismus auf Erfolgskurs

Österreichs Tourismus bleibt ein Motor unserer Wirtschaft. Der Tourismusbericht für 2025 zeigt: Mit 157,3 Millionen Nächtigungen und 48,2 Millionen Gästeankünften wurden Höchstwerte erreicht. Gegenüber 2024 bedeutet das ein Plus von 1,9 % bei den Nächtigungen und 3,1 % bei den Ankünften. Rund 33,1 Milliarden Euro touristische Wertschöpfung unterstreichen die Bedeutung der Branche.

Neuer WhatsApp-Kanal der Grazer Volkspartei

Bleiben Sie informiert:
Alle Nachrichten direkt aufs Handy!

1. QR-Code scannen
2. Kanal abonnieren
3. Benachrichtigungen aktivieren



Gitti Stockmaier mit Team

© Grazer Volkspartei

Gösting: Senioren feiern Erntedank-Fest

Rund 100 Gäste feierten gemeinsam mit Obfrau Brigitta Stockmaier und ihrem Team das Erntedankfest des Seniorenbundes Gösting und nutzten die Gelegenheit für persönliche Gespräche und Begegnungen. Feste sind wichtiger Bestandteil des Vereinslebens: Sie bringen Menschen zusammen und stärken den Zusammenhalt im Bezirk. Ein besonderer Dank gilt den Organisatoren, die mit ihrem Einsatz das tolle Fest ermöglichten.



Huber und Hohensinner: „Baum fällt!“ © Grazer Volkspartei

Gelebtes Brauchtum: Maibaumumschneiden

Beim Maibaumumschneiden in Ries standen Brauchtum und Gemeinschaft im Mittelpunkt. Kurt Hohensinner und Markus Huber brachten den Baum zu Fall. Traditionen leben davon, dass Menschen sie pflegen und feiern. Sie schaffen Begegnungen und stärken den Zusammenhalt. Die Grazer Volkspartei setzt sich dafür ein, dass Brauchtum lebendig bleibt. Dank gilt Bezirksvorsteher Josef Schuster, der das Maibaumumschneiden organisierte. Sein Engagement hält die Tradition auch für kommende Generationen lebendig!



BV-Stv. Hagenhofer vor Ort

© Grazer Volkspartei

Hofbauerplatz wieder eröffnet

Der Hofbauerplatz in Eggenberg ist nach der Renovierung wieder geöffnet. Damit kann auch der Bauernmarkt wieder wie gewohnt stattfinden – eine erfreuliche Nachricht für die Marktstandler und die Menschen im Bezirk.

Für die Renovierung der Markthalle haben sich Stadtrat Kurt Hohensinner und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Robert Hagenhofer gemeinsam stark eingesetzt. Ihr Anliegen war es, den Platz als wichtigen Standort für die regionale Nahversorgung und als Treffpunkt im Bezirk zu erhalten.

Regionalität im Fokus

Mit der Rückkehr des Bauernmarktes kehrt auch ein Stück vertrauter Alltag auf den Hofbauerplatz zurück. Hier können die Eggenbergerinnen und Eggenberger regionale Produkte einkaufen, miteinander ins Gespräch kommen und den persönlichen Austausch mit den bäuerlichen Betrieben pflegen. Das stärkt Betriebe und Wertschöpfung.

Zugleich bleibt der Platz ein Ort der Begegnung, an dem Nachbarschaft und Zusammenhalt wachsen und Lebensmittel vor Ort direkt erlebt werden können.

Versteckte Ruheoasen mitten in Jakomini

Die VP Frauen erkundeten gemeinsam mit Dr. Windisch und der ehemaligen Bezirksvorsteherin Eveline Gröbelbauer bei einem Innenhofspaziergang den Bezirk Jakomini. Dabei entdeckten sie versteckte Grün-Oasen und erhielten Einblicke in deren Gestaltung und Nutzung. Hinter den Häuserfassaden bieten begrünte Innenhöfe überraschende Ruheorte fernab vom Straßenlärm. Sie laden zum Verweilen ein, verbessern Stadtklima, fördern Artenvielfalt und schaffen wertvolle Rückzugsorte mitten im dicht bebauten Stadtgebiet.



VP Frauen bei Innenhofspaziergang in Jakomini © Grazer Volkspartei



VP-Obmann liefert Bäume

© Grazer Volkspartei

Jetzt Christbaum gewinnen!

Auch heuer verlost die Grazer Volkspartei 15 Christbäume. Obmann Kurt Hohensinner liefert sie den Gewinnern persönlich nach Hause. Damit soll Freude geschenkt und eine schöne Weihnachtszeit bereitet werden. Die Teilnahme ist über **graz@grazervp.at** oder **0316/607441611** möglich. Gleich mitmachen und einen Christbaum gewinnen!

Kräutergarten



Gemeinderätin Johanna Eichinger-Eisel-Eiselsberg und Gemeinderätin Barbara Gartner-Hofbauer © Privat

Winterruhe am Balkon

Wenn die Temperaturen sinken, braucht der Balkongarten gezielten Winterschutz. Die richtige Überwinterung entscheidet über das Überleben von Kräutern und Kübelpflanzen.

Winterharte Kräuter wie Thymian, Salbei oder Minze können draußen bleiben. Damit die Wurzelballen nicht durchfrieren, stellt man die Töpfe auf Holzplatten und umwickelt sie mit Jute, Kokosmatten oder Noppenfolie.

Die Erde wird mit Laub oder Reisig abgedeckt. Empfindliche Pflanzen wie Rosmarin oder Basilikum vertragen keinen Frost. Sie müssen vor den ersten Minusgraden in ein helles, kühles Winterquartier bei fünf bis zehn Grad umziehen, etwa in ein unbeheiztes Treppenhaus oder einen Wintergarten.

An frostfreien Tagen darf das Gießen nicht vergessen werden, denn Kübelpflanzen vertrocknen im Winter oft, statt zu erfrieren. Zusätzlich sollten Wasserleitungen entleert und Außenhähne abgedreht werden.

Buchtipp

Gegen den Trend – Ulf Poschardts Shitbürgertum

Ulf Poschardt zählt zu den streitbarsten Publizisten Deutschlands. In „Shitbürgertum“ setzt er sich mit dem selbstgerechten Moralismus unserer Zeit auseinander.

Pointiert und mitunter provokant beschreibt er die Widersprüche eines Milieus, das Toleranz predigt, aber andere Meinungen nur schwer erträgt. Seine Kritik richtet sich gegen Konformismus, Bevormundung und die zunehmende Moralisierung gesellschaftlicher Debatten.

Dabei spart er auch nicht mit Kritik am eigenen bürgerlichen Lager. Poschardt schreibt zugespitzt, manchmal übers Ziel hinaus, aber selten langweilig.

Eine lesenswerte Streitschrift, die zum Nachdenken und Widersprechen anregt.



Gemeinderat Georg Schröck-Weikhard © Privat

Bauernregel

Ist Martini
klar und rein,
bricht der Winter
bald herein.

Senioren



Obmann Georg Topf mit Gästen © Grazer Volkspartei

Sommerfest des Grazer Seniorenbundes begeisterte fast 400 Gäste

Beste Stimmung und geselliges Beisammensein prägten das große Sommerfest des Grazer Seniorenbundes im Hotel Novapark. Obmann Georg Topf und sein Team durften fast 400 Gäste begrüßen, die gemeinsam einen unbeschwerten Sommernachmittag verbrachten. Unter den Gästen waren auch Bundesrat Ernest Schwindsackl, Nationalrat Kurt Egger sowie die Stadträte Kurt Hohensinner und Claudia Unger. Das Fest bot Gelegenheit für persönliche Gespräche, ein Wiedersehen mit langjährigen Bekannten und neue Begegnungen. Es zeigte einmal mehr, wie lebendig die Gemeinschaft im Grazer Seniorenbund ist. Ein besonderer Dank gilt dem Organisationsteam rund um Norbert Meindl und Christian Weswaldi.
Mit viel Engagement und einem Gespür für die Gäste schufen sie den Rahmen für ein gelungenes Fest. Ihr Einsatz und die Unterstützung der vielen helfenden Hände machten das Sommerfest zu einem schönen Gemeinschaftserlebnis.

Seniorenhotline: 0316-607 44 16 12

Wir unterstützen unsere Seniorinnen und Senioren gerne bei ihren täglichen Besorgungen & Anliegen.

www.grazervp.at

Impressum:
Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Grazer Volkspartei, Karmeliterplatz 6, 8010 Graz. ÖVP Gemeinderatsclub Graz, Rathaus, Hauptplatz 1, 8011 Graz. Tel. 0316/60 744-1611, Mail konkret@grazervp.at
Produktion & Erscheinungsort: Graz, Steiermark
Druck: Styria // Vertrieb: Hurtig & Flink

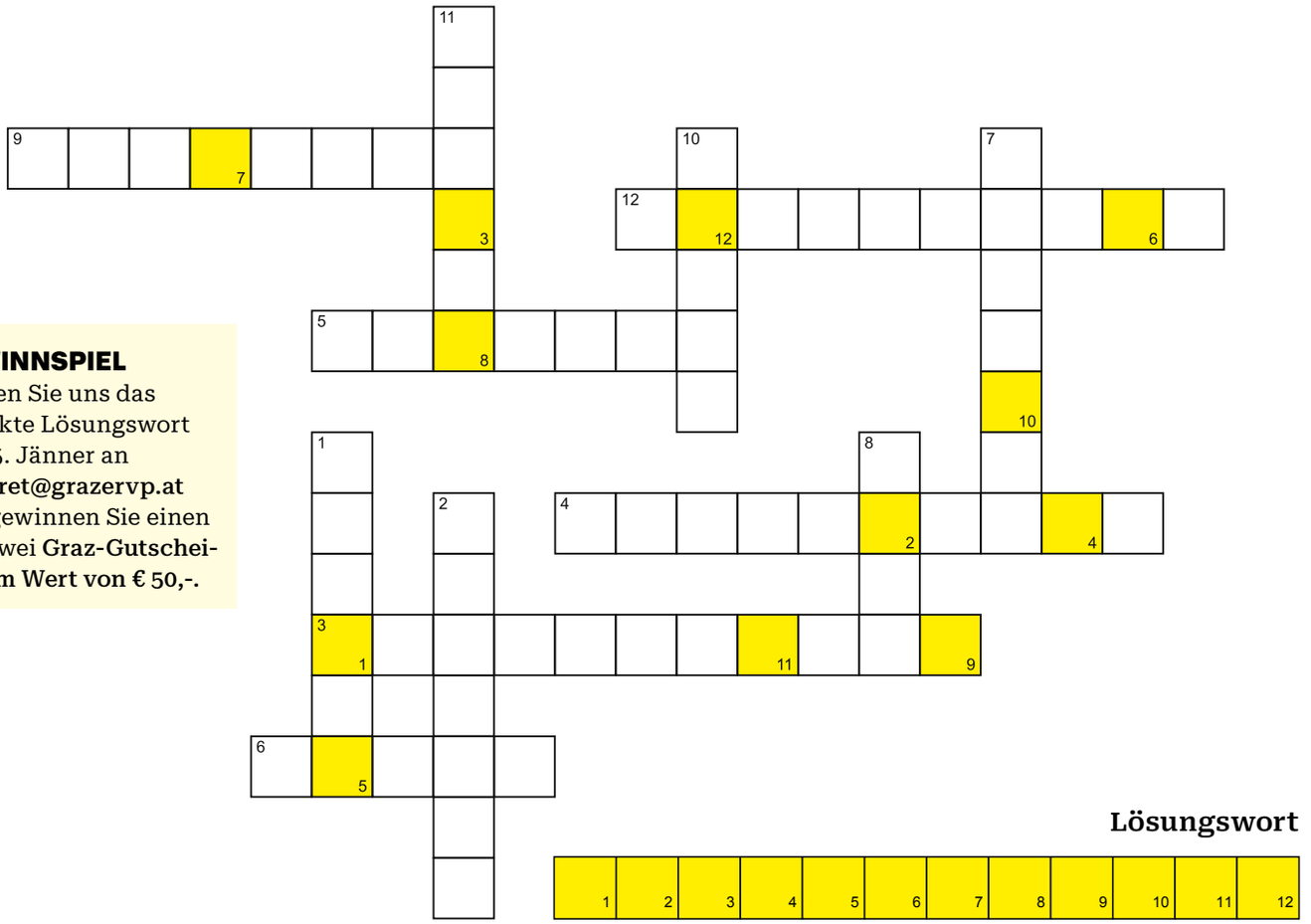
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:
"Graz konkret" dient der Information der Grazer Bevölkerung im Sinne der Arbeit des ÖVP Gemeinderatsclubs und der Grazer Volkspartei.
Für den Inhalt verantwortlich:
Anna Hopper,
Kurt Hohensinner

				7		5		1
		1			5	6	7	
					1			8
		5		9		4		3
9	4	3		1	2		6	
			6	4		9	5	
	8					1	9	
3	9			5	6	2	8	
		6	4			7		5



Die Uhrturmspitze

Die grüne Grazer Verkehrspolitik: Wenn du überhaupt noch einen Parkplatz findest, sollst du ihn dir wenigstens nicht mehr leisten können.



GEWINNSPIEL
Senden Sie uns das korrekte Lösungswort bis 15. Jänner an **konkret@grazervp.at** und gewinnen Sie einen von zwei **Graz-Gutscheinen im Wert von € 50,-.**

Lösungswort

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Graz-Rätsel HINWEISE

1. Namensgeber Straße und Gymnasium
2. Vorname LH-Stv. Khom
3. Eiskrippen-Ort
4. Delikatessen, Murgasse
5. Maskottchen der 99ers, Tierart
6. 5. Grazer Bezirk
7. Theater, nahe Roseggerhaus
8. Verkehrsknotenpunkt ÖV, ugs.
9. Winterbeginn: 21. ...
10. Federweißer, österr.
11. Sankt ... ritt durch Schnee und Wind
12. Gebäudegruppe Dom, Burg und Mausoleum



Impressum: Steirische Volkspartei, Karmeliterplatz 6, 8010 Graz; Foto © STVP/Lorber